

Marburger Bund sichert Ex-AiP Rückendeckung zu

Landesverband Nordrhein-Westfalen/Rheinland-Pfalz tritt für die Umwandlung aller bisherigen AiP-Stellen in Assistenzarztstellen ein

von Horst Schumacher

Alle bisher als Ärztinnen und Ärzte im Praktikum (AiP) in den nordrhein-westfälischen Kliniken beschäftigten Mediziner sollen ab dem 1. Oktober als approbierte Ärzte weiter beschäftigt werden. Dafür tritt der Landesverband Nordrhein-Westfalen/Rheinland-Pfalz des Marburger Bundes nach den Worten seines Vorsitzenden Rudolf Henke ein. Bei der Landeshauptversammlung des Klinikärzteverbandes kürzlich in Köln zeigte sich Henke zuversichtlich, dass es nach der Abschaffung der AiP-Phase (*siehe hierzu auch Rheinisches Ärzteblatt August 2004, Seite 10, im Internet verfügbar unter www.aekno.de*) in den Krankenhäusern des Landes keine größeren Probleme geben wird.

Konsens mit KGNW und Kassen

Eine gute Grundlage dafür sieht der Verbandsvorsitzende in der gemeinsamen Erklärung „Für eine konfliktfreie Umwandlung von Arzt-im-Praktikum-Stellen in Assistenzarztstellen“ (*im Internet verfügbar unter www.marburger-bund.de/bundesverband/aktuelles/tarifpolitik/texte/gem-erkl-19-7-04.html*). Darin haben die Spitzenverbände der Krankenkassen und die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) Mitte Juli zugesagt, gemeinsam mit dem Marburger Bund an einer zügigen und konfliktfreien Umsetzung der AiP-Abschaffung zu arbeiten.

„Berechtigte Interessen aller Betroffenen sind nicht zu tangieren. Dies wird nur erreicht, wenn die Krankenhäuser den bei ihnen beschäftigten AiPlern – soweit diese es wünschen – Vertragsverhältnisse als

Arzt/Ärztin anbieten“, steht in dem gemeinsamen Papier.

Auf diese Linie haben sich auch Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW) und Krankenkassen in Nordrhein-Westfalen verpflichtet. Allerdings hat der MB-Landesverband dennoch Hinweise darauf erhalten, „dass es vor Ort knirscht“, wie Henke vor der Hauptversammlung berichtete. Vor allem aus dem Rheinland sollen örtliche Kassenverhandlungsführer nach seinen Worten abweichende Positionen vertreten haben. Diese Probleme sind aber inzwischen wohl ausgeräumt: Die AOK Rheinland habe eine Umwandlung der vorhandenen AiP-Stellen in eine große Anzahl von Stellen für approbierte Ärzte akzeptiert, heißt es in einer Mitteilung des MB.

Der MB-Vorsitzende erwartet zwar keinen „Wortbruch der Krankenkassen“. Wenn es dennoch dazu kommen sollte, will er die Aufsichtsbehörden einschalten. Darüber hinaus stehe die Rechtsabteilung des MB Verbandsmitgliedern zur Seite, denen Schwierigkeiten bereitet werden. Mehr als 60 Prozent der Ex-AiP sind laut Henke im MB organisiert. Insgesamt gab es zum 31.12.2003 es in Nordrhein Westfalen 3.693 AiP, davon 2.486 im Bereich der Ärztekammer Nordrhein und 1.207 im Bereich der Ärztekammer Westfalen-Lippe.

Arbeitszeitproblem ungelöst

Gegen die Arbeitszeitrichtlinie 93/104 der EU, nach der Bereitschaftsdienste der Klinikärzte als Arbeitszeit gelten, verstoßen laut MB auch ein Jahr nach dem Erfolg des

Kieler Arztes Dr. Norbert Jaeger vor dem Europäischen Gerichtshof immer noch 70 Prozent der Kliniken in Deutschland. „Sie berufen sich auf die Übergangsfrist im Arbeitszeitgesetz aus dem Hause Clement“, sagte Henke in Köln. Er warnte vor den Bemühungen der Krankenhausträger um eine Revision der EU-Richtlinie; für den 22. September werde eine Vorlage der EU-Kommission zur Änderung der Richtlinie Arbeitszeit erwartet. Henke versprach Wachsamkeit des MB, wenn sich frühestens im Oktober der Europäische Rat und das Europäische Parlament mit dem Thema beschäftigen werden.

Der Klinikärzteverband tritt dafür ein, dass der Spielraum der EU-Richtlinie mit bis zu durchschnittlich 48 Stunden Arbeitszeit pro Woche genutzt wird. Dagegen haben die Mitglieder des MB „in ihrer weit überwiegenderen Mehrheit weiterhin kein Interesse an einem schematischen Schichtdienst mit zum Beispiel drei mal acht pro 24 Stunden“, sagte Henke.

Nach seinen Worten ist auch die „qualitative Arbeitszeitgestaltung“ zu verbessern. Vor allem müsse „das heutige Missverhältnis zwischen der den Patienten gewidmeten Zeit und dem Aufwand für Bürokratie und Papier“ korrigiert werden. „Im Gespräch mit den Krankenhausmitarbeitern gehört es zu den häufigsten Klagen, dass sie unter erheblichem Zeitdruck stehen und unter fachfremden Tätigkeiten zu leiden haben“, berichtete Henke. Nach seinen Angaben sehen 67 Prozent der Ärztinnen und Ärzte ihre Situation überwiegend von Zeitdruck geprägt, 68 Prozent fühlen sich durch fachfremde Tätigkeiten belastet.